



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Dalberg: Das Geld bleibt im Lande

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Das Geld bleibt im Lande

Von Rechtsanwalt Dr. jur. et phil. Dalberg



Das Märzheft von „Recht und Wirtschaft“ bringt Ausführungen des Herrn Landgerichtsrats Kulemann zu der Frage, ob ein Vorteil darin liege, daß bei uns der Erlös der Kriegsanleihen im Lande bleibe, während die Feinde ihn zum großen Teil an das Ausland abführen zur Bezahlung von Kriegsmaterial- und Nahrungsmittelzufuhr. Diese Frage wird von Kulemann im Gegensatz zu Äußerungen des Herrn Staatssekretärs im Reichsschatzamt Dr. Helfferich verneint. Eine eingehende Untersuchung muß jedoch zu der Überzeugung führen, daß unser Reichsschatzsekretär auch in diesem Punkte, wie in so vielen anderen, das Rechte getroffen hat.*)

Wenn man von dem von Kulemann angenommenen Fall ausgeht, daß der eine Staat (England) für 10 Milliarden Mark Kriegsmaterial und Nahrungsmittel aus dem Auslande bezogen, der andere aber (Deutschland) gleiche 10 Milliarden für die gleichen Zwecke im Inland ausgegeben habe**), so muß bei sonst gleichen Verhältnissen derjenige Staat, dessen Inlandsmarkt alles zur Kriegführung notwendige geliefert hat, sich in einer unvergleichlich besseren Wirtschaftslage befinden als der andere; sein Nationalvermögen erleidet durch den Krieg die geringere Einbuße. Kulemann geht von der Anschauung aus, daß die 10 Milliarden aus Ausland in barem Gelde gezahlt würden; er meint,

*) Den Ausführungen Kulemanns tritt bereits Prof. Dr. Sed im Aprilheft von „Recht und Wirtschaft“ entgegen, ohne jedoch die vorliegend angestellten Erwägungen in ihrem wesentlichen Teile vorwegzunehmen.

**) Bei einer Höhe der deutschen Kriegsausgaben von monatlich 2 Milliarden Mark könnten die als Beispiel angenommenen Ziffern noch erheblich höher gesetzt werden als 10 Milliarden Mark.

da der natürliche Reichtum des Landes an Rohstoffen nicht vermindert und die Arbeitsleistungen der Bewohner ihren allgemeinen wirtschaftlichen Zwecken nicht entzogen seien, da das Geld aber keinen Wert in sich habe, sondern nur ein Maßstab wirtschaftlicher Werte sei, so werde ein Land dadurch nicht ärmer, daß bares Geld in das Ausland fließe, sobald nur die entsprechenden Gegenwerte damit erworben würden. Dies wäre richtig, wenn wirklich in „barem Gelde“ gezahlt würde. Das geschieht aber nicht und kann gar nicht geschehen, da ein einzelner Staat, und sei er auch das goldreiche England, soviel „bares Geld“ d. i. im internationalen Verkehr ausschließlich Gold, gar nicht besitzt. Wie die Deutsche Reichsbank einen Goldvorrat von annähernd $2\frac{1}{2}$ Milliarden Mark ausweist, während allerdings seit Beginn unserer Münzreform mehr als 5 Milliarden Mark deutscher Goldmünzen geprägt worden sind,*) so wird man bei einem Goldvorrat der Bank von England von nur wenig über 1 Milliarde Mark den gesamten Goldbestand in England, wem schon das Gold dort noch im freien Verkehr umläuft, doch auf sicherlich nicht mehr als 5 oder höchstens 6 Milliarden Mark schätzen dürfen. Wie bei uns, so kommen aber auch in England nur verhältnismäßig geringe Mengen Goldes zur Ausfuhr, um damit die Lieferungen des Auslands, besonders Amerikas zu bezahlen. Mehr noch als wir, ist England, welches um die Aufrechterhaltung seiner Rolle als Weltbankier kämpft, darauf angewiesen, große Goldbestände im Lande zu halten, um dadurch das Vertrauen in seine Währung aufrecht zu erhalten und einem Sinken des Sterlingkurses durch gelegentliche Goldausfuhr jederzeit begegnen zu können. Die Goldzahlungen Englands für Kriegsmaterial ans Ausland werden schwerlich wenige Millionen Mark überstiegen haben, stellen also im Verhältnis zu den Milliardenwerten keinen entscheidenden Betrag dar. Ähnlich steht es mit den anderen Staaten der Entente, die ihren Goldvorrat, wie die Ausweise der Notenbanken verraten, ängstlich gewahrt haben, und von denen Frankreich und Rußland sogar verfügbare Goldmengen nicht an das materialliefernde Ausland, sondern gerade nach England als Sicherheit für die von diesem den Bundesgenossen gewährten Kredite ausgeführt haben, welche den ungeheuren Betrag von 90 Milliarden erreicht haben sollen.**) Womit bezahlt nun aber England die amerikanischen Milliardenlieferungen? Zu einem Teil dienen dazu die Ausfuhr eigener Produkte ins Ausland, sowie die Leistungen seiner Handelschiffahrt und Geldvermittlung; die daraus im Auslande entstehenden Guthaben werden gegen die Auslandsforderungen aus Kriegsmateriallieferung aufgerechnet. Da aber auch die Wirtschaft Englands sich auf unmittelbare Kriegsproduktion eingestellt hat,

*) Ein Teil des deutschen Goldes muß sich noch in Privatbesitz befinden, ein größerer Teil wird zu industriellen und Schmuckzwecken verarbeitet worden sein, sowie bereits vor dem Kriege ins Ausland abgeflossen sein.

***) Vortrag des Sir George Paish in der Rgl. Statistischen Gesellschaft in London am 21. März 1916.

dürften die aus rein friedensmäßiger Arbeit und Erzeugung sich ergebenden Auslandsguthaben, die allerdings noch durch die erhebliche Rohmaterialausfuhr der Kolonien verstärkt werden, doch bei weitem nicht zur Bezahlung der hohen amerikanischen Kriegsrechnungen ausreichen. Der Fehlbetrag muß im wesentlichen aufgebracht werden durch die Abstoßung des großen englischen Besitzes an ausländischen, insbesondere amerikanischen Wertpapieren, welche ja seit Dezember 1915 durch die englische Regierung selbst in die Wege geleitet wird. Das Kapital, das England auf diese Weise seit Kriegsbeginn aus dem Ausland zurückgezogen hat, beträgt nicht weniger als 400 Millionen Pfund, d. i. 8 Milliarden Mark.*) England verliert aber damit die wertvollste Reserve seines Nationalvermögens. Ein dann noch verbleibender Bedarf an Zahlungsmitteln wird durch Aufnahme von Anleihen im Ausland gedeckt, wie ja das amerikanische Bankhaus Morgan u. Co. eine solche für England in Höhe von 500 Millionen Dollars vermittelt hat; hierzu dürften mehrere kleinere, mehr privaten Charakters hinzukommen; eine neue große Anleihe soll nach Zeitungsmeldungen in Vorbereitung sein. Die Kosten solcher Auslandsanleihen sind nicht unerheblich größer als die unserer Kriegsanleihen im Inland. So muß England für die Morgan-Anleihe aufwenden an Netto-Zinsen einschließlich Tilgungsquote 6,01 Prozent, während unsere dritte große Kriegsanleihe, die mehr als 12 Milliarden Mark erbracht hat, nur 5,16 Prozent Aufwendungen erfordert. Das reiche Frankreich mußte allerdings auch für seine letzte große Inlandsanleihe, die weniger erbrachte als die unsere, sogar 6,58 Prozent aufwenden.***) Diese Zahlen erscheinen für die Gegner noch ungünstiger, wenn man berücksichtigt, daß England sowohl wie Frankreich vor dem Kriege in der Lage waren, ihre Staatsanleihen um $\frac{1}{2}$ —1 Prozent niedriger zu verzinsen als Deutschland, entsprechend dem allgemein niederen Zinsfuß in diesen Ländern.

Das Ergebnis ist, daß die Auslandslieferungen an England nur zum kleinsten Teile durch das in sich ja wertlose Metall bezahlt werden, in der Hauptsache durch Hingabe wirtschaftlicher Güter und Arbeitsleistungen, durch Übertragung produktiven Auslandskapitals und durch Eingehung dauernder Schulden zu ungünstigen Bedingungen. Hierzu kommt, daß der dafür eingetauschte Kriegsbedarf an wahren wirtschaftlichen Wert den Aufwendungen nicht entsprechen dürfte, da die ausländischen Kriegsmaterialproduzenten, unbeeinflusst durch patriotische Rücksichten und gesetzliche Einengungen***) die höchsten Preise von dem Kriegsmaterial bedürftigen Lande zu erzielen in der Lage sind. Als Beleg hierfür mag dienen die Preisentwicklung für Bessmer-Stahl, das

*) Vortrag des Sir George Paish in der Kgl. Statistischen Gesellschaft in London am 21. März 1916.

**) Vergl. „Die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands im Kriege“. Herausgegeben von der Dresdener Bank. Seite 19.

***) Man denke an die zahlreichen Beschlagnahmen und Höchstpreisfestsetzungen bei uns, sowie die Strafen auf übermäßige Vorteile aus Kriegslieferungen.

wichtigste Rohmaterial für die Waffenfabrikation an der New Yorker Metallbörse. Nachdem dieser Preis bereits Anfang Januar 1916 den hohen Stand von 30 Cents für das amerikanische Pfund erreicht hatte, ist er seitdem weiter um 50 Prozent gestiegen auf 45 Cents am 17. März 1916. Die Riesengewinne der amerikanischen Kriegslieferanten sind bekannt. Sie werden gezahlt aus der Tasche der Feinde.

Demgegenüber steht ein Staat, welcher, wie das Deutsche Reich, allen Kriegsbedarf im Inlande hervorbringt und demgemäß den Erlös seiner Kriegsanleihen zur Zahlung an inländische Lieferanten verwenden kann, unvergleichlich günstiger da. Wenn 10 Milliarden zu inländischen Zahlungen verwendet werden, so bedeutet das die Schaffung eines Volkseinkommens in dieser oder doch annähernder Höhe. Die Angabe schafft unmittelbar eine entsprechende Einnahme, sodaß der Stand des Gesamtvermögens dadurch nicht verschlechtert wird. Von den an die Seereslieferanten gezahlten 10 Milliarden mögen 1—2 Milliarden deren Unternehmergeinn darstellen, also Reingewinn, und damit einen Teil des Volkseinkommens bilden. Die Resteinnahmen werden vom subjektiven Standpunkt der Unternehmer aus durch Unkosten aufgezehrt und zwar durch Aufwendung für Löhne an Arbeiter, technische und kaufmännische Angestellte, sowie durch Ausgaben für Materialbeschaffung und Transportkosten. Die Löhne der Arbeiter, Techniker und Kaufleute sind aber von deren subjektiven Standpunkt aus wieder deren reinen Einkommen und tragen als solche wiederum zum gesamten Volkseinkommen bei. Die Ausgaben für Materialbeschaffung z. B. Roheisen, Kohle, Kupfer enthalten wieder den Unternehmergeinn der Materialproduzenten, die Lohnzahlungen an deren Arbeiter und Angestellte, welche wie oben gleichfalls reines Volkseinkommen bedeuten, und endlich die Vergütung für die Substanz, die Kohle, das Eisenerz, das Kupfererz, Wertbeträge, welche in den Unternehmerbilanzen als Abschreibungen, d. h. Wertverminderungen der Substanz erscheinen müssen. Da nun aber die meisten der in Betracht kommenden Rohstoffe, vor allem Kohle und Eisen, in praktisch unbegrenzter Menge innerhalb unserer Grenzen vorhanden sind,*) bedeutet deren Verbrauch eigentlich gar keinen ins Gewicht fallenden Verlust an Nationalvermögen. Die bei der Produktion als Unkosten erscheinenden Transportkosten jeder Art bedeuten gleichfalls nur Aufwendungen für Arbeitslohn, und Materialverbrauch, insbesondere Kohle; sie sind, soweit sie nicht Unternehmergeinn der Transportleistenden, der Eisenbahnen, Schifffahrtunternehmungen darstellen, doch reines Einkommen von deren Arbeitern und Angestellten, und bilden somit gleichfalls Volkseinkommen in dem gekennzeichneten Sinne.

Soweit die Zahlungen unserer Landwirtschaft zufließen als Engelt für

*) Unsere Kohlenvorräte z. B. sollen nach den neuesten Schätzungen mehr als 1000 Jahre vorhalten.

deren Nahrungsmittellieferung, bilden sie gleichfalls deren Einkommen, vermindert nur um den Betrag, um welchen das in der Landwirtschaft arbeitende Kapital etwa aufgezehrt wird. Das kommt für den Ackerbau nicht in Betracht, da der Grund und Boden ja erhalten bleibt, wohl aber für die über den Umfang einer Jahresproduktion hinaus erfolgten Viehverkäufe; so ist unser Bestand an Schweinen durch besonders große Abschlächtungen, welche wegen der Futtermittelknappheit geboten erschienen, stark zurückgegangen, und zwar von 25,6 Millionen am 1. Dezember 1913 auf 19,2 Million am 1. Oktober 1915. Der Bestand an Rindvieh hat sich nur ganz geringfügig vermindert, derjenige an Schafen und Ziegen ist noch gestiegen. Also auch hier kein wirklich ernstlich ins Gewicht fallender Verlust an Nationalvermögen.

Das Ergebnis ist also, daß in einem Staat, welcher, wie etwa das Deutsche Reich, für 10 Milliarden Kriegsmaterial und Nahrungsmittel im Inland kauft, damit der heimischen Bevölkerung ein Einkommen von annähernd 10 Milliarden schafft, sodaß also da Ausgabe und Einnahme sich die Wage halten, das Volksvermögen hierdurch allein keine Minderung erfährt.*)

Allein die Einkommensteuer, welche hiervon im Deutschen Reiche durch Staat und Gemeinden erhoben wird, dürfte 1—1½ Milliarden Mark betragen, eine Summe, welche unmittelbar den öffentlichen Bedürfnissen wieder zufließt. Die an diesen Kriegseinkünften teilhabenden weiten Bevölkerungsschichten, Fabrikanten, Angestellte, Arbeiter, Landwirte, werden in die Lage gesetzt, trotz der allgemeinen Kriegsteuerung ihren Unterhalt selbst ohne Inanspruchnahme öffentlicher Unterstützungen zu bestreiten, und den vielfach nicht unerheblichen Überschuß über ihren Verbrauch zur Kapitalbildung und damit zur Stärkung des Nationalvermögens zu benutzen. Hierfür mag als Beleg dienen eine Statistik der Deutschen Sparkassen, wonach diese für sich und ihre Einleger 4½ Milliarden Mark der I., II. und III. Kriegsanleihe übernommen haben und trotzdem der Gesamtbestand an Sparguthaben sich bis März 1916 noch um etwa 500 Millionen Mark vermehrt hat gegenüber dem Stande von 1914.**)

Den besten Beweis für die kapitalbildende Wirkung der inländischen Kriegsproduktion aber bildet das riesenhafte Ergebnis der Kriegsanleihen. Wenn in 4 Anleihen innerhalb zweier Jahre 36½ Milliarden Mark auf lange Fristen aufgebracht werden konnten, so kann das erklärt werden nicht nur aus der Verwendung von im Kriege brach liegendem Kapital etwa aus Export, Luxus, Industrie, Handel, Schiffahrt, sondern zum wesentlichen Teil aus der

*) Für das Deutsche Reich dürfte unter Zugrundelegung eines Jahreseinkommens von etwa 40 Milliarden (Schätzung vor dem Kriege) und reiner Kriegsauswendungen von jährlich etwa 25 Milliarden anzunehmen sein, daß mehr als die Hälfte des Volkseinkommens im Kriege durch die inländische Kriegsproduktion unmittelbar und mittelbar geschaffen wird.

**) Selterich im Reichstage vom 16. März 1916.

Kapitalbildung der an der Kriegsproduktion beteiligten Organisationen und Volksschichten. Für die großen Werke ist das aus deren bekanntgegebenen Zeichnungsziffern jedenfalls bewiesen.

Auf der andern Seite ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Volkskräfte, welche zur Erzeugung des Kriegsmaterials im Inland in Anspruch genommen werden, von ihrer bisherigen nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelten Produktion abgelenkt werden und nicht in der Lage sind, diejenigen Güter zu schaffen, welche sie ohne jene Inanspruchnahme produziert haben würden. Aber bei näherem Zusehen fällt auch dieser Nachteil nur wenig ins Gewicht. Es wird alles zum Bedarf Notwendige ohnehin produziert. Nur das Entbehrliche, die Luxusproduktion, z. B. Papier-Galanteriewaren-, Spielwaren-, Porzellan-, z. T. Textilindustrie und Baugewerbe wird eingeschränkt. Die sich daraus ergebenden Verteuerungen und Einschränkungen der Lebenshaltung werden allgemein gern ertragen. Der Vorteil, der in Sparsamkeit des Verbrauchs liegt, überwiegt hier einen Ausfall an Produktionsgewinn. Es wäre aber auch in der Kriegszeit eine lohnende Produktion nicht notwendiger Friedenswerte sehr erschwert, da die Tatsache des Krieges allein und die daraus sich ergebenden wirtschaftlichen Sorgen für jeden einzelnen die Nachfrage nach den leichter entbehrlichen Gütern zurückgedrängt haben; hierzu kommt, daß unsere Ausfuhr ja durch die englische Blockade ziemlich lahmgelegt ist. Es würde also ohne die befruchtenden Milliardenbestellungen des Staates im Inland während des Krieges Arbeitslosigkeit und Not der minderbemittelten Klassen eintreten, welche bei uns im großen und ganzen vermieden worden ist. Die beim Kriegsanfang stark gestiegene Arbeitslosigkeit ist durch die Abwanderung der Arbeiter in die Kriegsindustrien heute im allgemeinen unter das Normalmaß im Frieden herabgesunken.)*

Die sonst brach liegenden Volkskräfte werden durch die Organisation der Kriegswirtschaft zur Bedarfsdeckung herangezogen. Die dadurch erzielte Mehrleistung gegenüber friedensmäßiger Produktion bedeutet reinen Gewinn und ist unmittelbare Folge der Verwendung des Geldes im Lande.***) Daß die Arbeit auch eine lohnende für die Arbeiterschaft ist, erweisen die vielfach auf das Doppelte gestiegenen Löhne in den Industriebezirken, sowie die Tatsache, daß Streiks während der Kriegszeit bisher bei uns wenig vorgekommen sind. Es sind bei uns in der Zeit vom 1. September 1914 bis 31. August 1915 durch Streiks nur 37838 Arbeitstage verloren worden, gegenüber 2,9 Millionen in England.***)

Daß wir unseren Kriegsbedarf im wesentlichen im Inlande decken, geschieht nun allerdings nicht ganz freiwillig, sondern ist eine Folge der

*) Vergl. Böttger, Das Geld im Kriege. S. 28/29.

***) Dies betont auch besonders Heß a. a. O.

***) Vergl. Dresdener Bank a. a. O., S. 13.

englischen Blockade, welche Zufuhren an uns nicht durchläßt. Wir würden ohne diesen Zwang jedenfalls gern auch aus dem Auslande beziehen, da wir dem einen Zwecke der bestmöglichen Kriegsrüstung alles andere unterordnen müssen, und rein wirtschaftliche Gesichtspunkte nicht entscheiden lassen dürfen über die militärische Zweckmäßigkeit. Wie die Dinge nun aber einmal liegen, hat die Blockade, die uns vom Auslande abschneidet, uns in rein wirtschaftlicher Hinsicht erheblich besser gestellt als unsere Gegner. Nach den im wesentlichen übereinstimmenden Schätzungen der Dresdener Bank und Helfferichs gibt Deutschland täglich für den Krieg 70 Millionen Mark, England aber 90 bis 100 aus; die Mittelmächte zusammen täglich 110 Millionen gegenüber einem Aufwand der Feinde von täglich 240 Millionen. Der Gesamtaufwand der Mittelmächte beträgt bisher 50—55 Milliarden, derjenige der Feinde aber 100—105 Milliarden. Wenn also der Krieg durch reine Finanzkraft entschieden würde, wenn wirklich, wie der englische Minister Lloyd George gemeint hat, der Krieg zu Gunsten dessen ausgehen müßte, der in der Lage wäre, die letzte Milliarde aufzubringen, so erscheint die Zuversicht nicht unbegründet, daß die längere wirtschaftliche Ausdauer bei uns liegen wird, und zwar nicht zum wenigsten deshalb, weil der Erlös unserer Kriegsanleihen im Lande bleibt, weil die ungeheuren Heeresbestellungen unsere Volkproduktivität aufs äußerste gesteigert haben.

